

08.11.96

EU - A - R

Antrag

des Landes Rheinland-Pfalz

**Entschließung des Bundesrates zum Schutz von Schlachttieren
beim Transport**

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

Mainz, den 7. November 1996

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Erwin Teufel

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz hat beschlossen, beim Bundesrat den
in der Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates zum Schutz von
Schlachttieren beim Transport

einzubringen.

Ich bitte Sie, gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates den
Entschließungsantrag den Ausschüssen zur Beratung zuzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen



**Entschließung des Bundesrates
zum Schutz von Schlachttieren beim Transport**

Der Bundesrat stellt fest, daß angesichts der jüngst bekannt gewordenen Flle von tierqulerischem Umgang mit Schlachttieren während des Transportes nach wie vor größter Handlungsbedarf beim Schutz von Tieren, insbesondere von Schlachttieren, beim Transport besteht.

Der Bundesrat sieht sich in seiner Position bestätigt, daß die Exporterstattung der Europäischen Union für lebende Tiere umgehend abgeschafft werden muß. Er erinnert an seinen Beschluß vom 4. November 1994 - Drucksache 816/94 (Beschluß) - und bittet die Bundesregierung, sich unverzüglich in Brüssel für die Abschaffung der Exporterstattung für lebende Tiere einzusetzen. Der Bundesrat erwartet aufgrund der neuesten Erkenntnisse über unverändert brutale Methoden bei der Behandlung von Tieren während des Transportes, daß die Exporterstattungen für lebende Tiere innerhalb von 6 Monaten abgeschafft werden.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung gleichzeitig in Brüssel deutlich zu machen, daß die Bundesrepublik Deutschland bei weiter anhaltenden unverantwortlichen Zuständen beim Transport von Schlachttieren auf ein grundsätzliches Verbot der Schlachttiertransporte aus der EU dringen wird.

Der Bundesrat bekräftigt angesichts der aktuellen Fllen von Tierquälerei während des Schlachttiertransportes außerdem seinen Beschluß vom 10. März 1995 - Drucksache 131/95 (Beschluß) - und fordert die Bundesregierung auf, sich für eine Verschärfung der Richtlinie des Rates betreffend den Schutz von Tieren beim Transport (Richtlinie 91/628/EWG) dahingehend einzusetzen, daß eine Begrenzung der Transportdauer auf EU-weit maximal 8 Stunden erfolgt.

Der Bundesrat bittet darüber hinaus die Bundesregierung, in Gesprächen mit den Verbänden des Tiertransportwesens, des Viehhandels und der Landwirtschaft diese zu einer freiwilligen, öffentlichen Selbstverpflichtung zu bewegen, um sicherzustellen, daß der Tierschutz bei Schlachttiertransporten auch außerhalb der Europäischen Union gewährleistet und die Dauer der Tiertransporte auf 8 Stunden begrenzt wird. Der Bundesrat erwartet die Bereitschaft der beteiligten Kreise, daß ihnen Mögliche zu tun, um die unhaltbaren Zustände beim Transport von Schlachttieren unverzüglich abzustellen. Hierzu wird auch erwartet, daß Viehhandel und Tiertransportwesen Vereinbarungen mit ihren jeweiligen Handelspartnern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bzw. außerhalb der Europäischen Union abschließen, um die Ziele eines tierschutzgerechten Transports und eine Maximaldauer von 8 Stunden zu erreichen.

19.12.96

Beschluß
des Bundesrates

Entschließung des Bundesrates zum Schutz von Schlachttieren
beim Transport

Der Bundesrat hat in seiner 707. Sitzung am 19. Dezember 1996 die aus der Anlage
ersichtliche Entschließung gefaßt.

Anlage

Entschließung des Bundesrates zum Schutz von Schlachttieren beim Transport

Der Bundesrat stellt fest, daß angesichts der jüngst bekannt gewordenen Flle von tierqulerischem Umgang mit Schlachttieren während des Transportes nach wie vor größter Handlungsbedarf beim Schutz von Tieren, insbesondere von Schlachttieren, beim Transport besteht.

Der Bundesrat sieht sich in seiner Position bestätigt, daß die Exporterstattung der Europäischen Union für lebende Schlachttiere umgehend abgeschafft werden muß. Er erinnert an seinen Beschluß vom 4. November 1994 - BR-Drucksache 816/94 (Beschluß) - und bittet die Bundesregierung, sich unverzüglich in Brüssel für die Abschaffung der Exporterstattung für lebende Schlachttiere einzusetzen. Der Bundesrat erwartet aufgrund der neuesten Erkenntnisse über unverändert brutale Methoden bei der Behandlung von Tieren während des Transportes, daß die Exporterstattungen für lebende Schlachttiere innerhalb von 6 Monaten abgeschafft werden.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich in Brüssel nachdrücklich dafür einzusetzen, daß bis zum Zeitpunkt der Abschaffung der Exporterstattung die Auszahlung dieser in Abhängigkeit vom Zustand der transportierten Schlachttiere am Bestimmungsort erfolgt. Dabei ist besonderer Wert darauf zu legen, daß die Auszahlung für den gesamten Transport verweigert wird, auch wenn nur wenige Schlachttiere verletzt sind.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, gleichzeitig in Brüssel deutlich zu machen, daß die Bundesrepublik Deutschland bei weiter anhaltenden unverantwortlichen Zuständen beim Transport von Schlachttieren auf ein grundsätzliches Verbot der Schlachttiertransporte aus der EU dringen wird.

Der Bundesrat bekräftigt angesichts der aktuellen Flle von Tierquälerei während des Schlachttiertransportes außerdem seinen Beschluß vom 10. März 1995 - BR-Drucksache 131/95 (Beschluß) - und fordert die Bundesregierung auf, sich für eine Verschärfung der Richtlinie des Rates betreffend den Schutz von Tieren beim Transport (Richtlinie 91/628/EWG) dahingehend einzusetzen, daß eine Begrenzung der Transportdauer auf EU-weit maximal 8 Stunden erfolgt.

Der Bundesrat bittet darüber hinaus die Bundesregierung, in Gesprächen mit den Verbänden des Tiertransportwesens, des Viehhandels und der Landwirtschaft, diese zu einer freiwilligen, öffentlichen Selbstverpflichtung zu bewegen, um sicherzustellen,

len, daß der Tierschutz bei Schlachttiertransporten auch außerhalb der Europäischen Union gewährleistet und die Dauer der Tiertransporte auf 8 Stunden begrenzt wird. Der Bundesrat erwartet die Bereitschaft der beteiligten Kreise, das ihnen Mögliche zu tun, um die unhaltbaren Zustände beim Transport von Schlachttieren unverzüglich abzustellen. Hierzu wird auch erwartet, daß Viehhandel und Tiertransportwesen Vereinbarungen mit ihren jeweiligen Handelspartnern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bzw. außerhalb der Europäischen Union abschließen, um die Ziele eines tierschutzgerechten Transports und eine Maximaldauer von 8 Stunden zu erreichen.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung darum, die Kommission aufzufordern, mit allen Drittländern, in die Schlachttiere ausgeführt werden, Vereinbarungen abzuschließen, in denen diese sich zur Einhaltung der tierschutzrechtlichen Transportbestimmungen sowie der Grundsätze einer tierschutzgerechten Behandlung der Schlachttiere verpflichten.